



Teltow-Fläming

Bericht aus dem Kreistag

Nachfolgend geben wir wieder eine Zusammenfassung der jüngsten Themen im Kreistag.

Gebührensatzung der Kreismusikschule

Der Besuch der Musikschule des Landkreises Teltow-Fläming ist gebührenpflichtig. Die Unterrichtsgebühren gelten seit dem 01.08.2006 und wurden letztmalig zum 01.08.2015 angehoben. Gemäß Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) sind Benutzungsgebühren regelmäßig zu kalkulieren. Bei der aktuellen Kostenrechnung liegen die betriebswirtschaftlichen Kosten der Musikschule bei

2.061.433,74 Euro. Seit der letzten Beschlussfassung im Jahr 2015 haben sich diese um 38 Prozent erhöht. Die Erhöhungen betreffen durchgängig sowohl die Personalkosten als auch Sachkosten. Eine Erhöhung der Gebühren ist erforderlich.

Auf Grund des sozial-kulturellen Bildungsauftrages der Musikschule wurde regelmäßig vom Kostendeckungsprinzip abgewichen. Überdies setzt die jährliche Landesförderung voraus, dass der Landkreis Teltow-Fläming grundsätzlich, mindestens 40 Prozent, der Aufwendungen der Musikschule mitfinanziert. Die mit dem Beschlussvorschlag geplante Ge-

Gebühren für den Rettungsdienst: Festbeträge sind vom Tisch

Anfang Juli erzielten die Landkreise und Krankenkassen in Sachen Rettungsdienstgebühren eine Einigung. Zentraler Bestandteil ist eine Regelung zur Aufhebung der bisherigen Festbeträge, die die Kosten für den Rettungsdienst nur zur Hälfte abgebildet hätten. Damit ist gesichert, dass der Rettungsdienst bzw. der Landkreis keine Gebührenbescheide an Patient*innen verschicken muss bzw. diese davor Angst haben müssten. Alle, die dringende medizinische Hilfe benötigen, sollen den Notruf 112 ohne Sorgen wählen können.

Entscheidend bleibt jedoch der Ausgang des laufenden Normenkontrollverfahrens am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zur Gebührensatzung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming. Dabei geht es insbesondere um die Kosten von Fehlfahrten und Fehleinsätzen – also Fälle, in denen die medizinische Versorgung von Patient*innen vor Ort erfolgt, ohne dass sie anschließend vom Rettungsdienst in ein Krankenhaus transportiert werden müssen. Diese Frage ist gerichtlich zu entscheiden.

Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS in der 7. Wahlperiode des Kreistages Teltow-Fläming: Felix Thier, Dr. Rüdiger Prasse, Doreen Schulze, Annekathrin Loy, Angelika Linke, Maritta Böttcher, Vize-Landrätin und Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (parteilos), Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) (v. l. n. r.)

bührenerhöhung berücksichtigt die Anpassung an die allgemeine Gebührenentwicklung vergleichbarer Musikschulen. Damit leistet die Musikschule einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Wir sahen uns hier in der Entscheidung zwiespalten. Zum einen sollte Bildung so wenig wie möglich oder besser gar nichts kosten. Zum anderen ist die Haushaltslage des Landkreises sehr angespannt und es müssen alle Mittel genutzt werden. Im Ergebnis kamen daher bei dieser Abstimmung von Mitgliedern unserer Fraktion sowohl Ja- wie auch Nein-Stimmen und Enthaltungen. Der Kreistag im Ganzen war jedoch **mit großer Mehrheit dafür**.

Nutzung der kreiseigenen Sportstätten am Wochenende

Vereinzelt wurden Stimmen laut, dass die bestehenden Möglichkeiten zur Nutzung der landkreiseigenen Sportstätten nicht ausreichend seien – es bedürfe auch der Möglichkeit für Training an den Wochenenden.

Nach mehrmaliger Beratung hat sich der Kreistag nun dafür ausgesprochen, probeweise ein halbes Schuljahr lang den Bedarf bzw. die Nutzungszahlen zu beobachten. Und dazu die entsprechende Nutzung zu gestatten. Das wurde mit **großer Mehrheit** beschlossen, einzelne Nein-Stimmen und Enthaltungen gab es von der AfD.

Asylbewerber zur gemeinnützigen Arbeit für 0,80 Euro/Std. verpflichtet

Die AfD forderte in ihrem Antrag einen Arbeitszwang für Asylwerbende und will diese dann mit 80 Cent die Stunde entlohnen. Die einzelnen Forderungspunkte der AfD sollen hier in aller Kürze bewertet werden.

Forderung 1: Der Beschlusspunkt ist entbehrlich, da er bereits umgesetzt wird.

Forderung 2: Es ist nicht Aufgabe des Landkreises, Beschäftigungskonzepte für und mit den Städten und Gemeinden zu entwickeln. Werden Arbeitsgelegenheiten durch Träger und Kommunen angeboten, wird das entsprechend in die Heime weitergeleitet.

Forderung 3: Die Aufgaben der Arbeitsvermittlung und Integration sind dem Jobcenter übertragen. Der Landkreis ist nicht zuständig.

Forderung 4: Der Landkreis müsste für diese Forderung eine neue Aufgabe begründen, zu der er nicht verpflichtet ist. Diese neue Aufgabe wäre also eine freiwillige. Dafür ist kein Geld vorhanden, über die Haushaltslage haben wir bereits ausgeführt. Und insbesondere die AfD hat ja immer wieder betont, dass der Landkreis endlich sparen müsse. Nun wird aber zu neuem Geldausgeben aufgefordert?!

Forderung 5: Diese Forderung entspricht bereits jetzt der geltenden Rechtslage und wird angewandt.

Fazit: Alles in allem finden wir es erstaunlich, dass die AfD-Fraktion, die mehrere Berufspolitiker in ihren Reihen hat, welche teilweise schon mehr als zehn Jahre hauptamtlich im Parlament sitzen, noch solche Schwierigkeiten bei den Zuständigkeiten der politischen Ebenen und der Realität hat. Oder es aber besser weiß und trotz allem so verblüffend agiert.

Der Kreistag votierte zum Antrag in namentlicher Abstimmung mit 9 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen **gegen den Antrag der AfD**.

Felix Thier, Vorsitzender der Kreistagsfraktion

Generationen

Ich bin nun seit dem Jahr 2009 Mitglied des Kreistages. Naturgemäß wechseln durch die Wahlperioden, also alle fünf Jahre, die Mitglieder des Kreistages mehr oder weniger. Manche treten nicht erneut zur Wahl an, andere werden nicht wiedergewählt. Und ja, auch der Tod kann für Mandatsübergänge sorgen. Dies ist mir zum Glück in unserer Fraktion noch nicht begegnet.

Aber ja: Mitglieder unserer Fraktion sah ich in all den Jahren kommen und gehen. Und ich dachte mir jüngst, dass es da auch mal Zeit für ein in die Erinnerung rufen sei. Am gerechtesten erscheint mir, hier alphabetisch vorzugehen. Jürgen Akuloff aus Luckenwalde gehörte dem Kreistag seit der Gründung des Landkreises Teltow-Fläming an, war viele Jahre der Vorsitzende unserer Fraktion, ob PDS, Die Linke.PDS, Die Linke. Auch Jörg-Martin Bächmann aus Dahme/Mark verstärkte unsere Fraktion. Peter Dunkel als DER Ludwigsfelder gehörte dem Kreistag seit der Jahrtausendwende an. Anke Gödecke aus Blankenfelde-Mahlow war in unserer Fraktion nur für eine Wahlperiode, hinterließ aber in der vergleichsweise kurzen Zeit Spuren im Finanzausschuss. Auch Dr. Margitta und Dr. Rudi Haase aus Luckenwalde waren in unserer Fraktion. Rudi Haase über viele Jahre, Margitta Hasse als Nachrückerin für die 2013 zur Landrätin gewählte Kornelia Wehlan.

Seine Zahlenaffinität half Dirk Hohlfeld aus Am Mellensee jahrelang maßgeblich im Finanzausschuss, dies auch als dessen Vorsitzender. Klaus Hubrig aus Ludwigsfelde gehörte unserer Fraktion ebenso an wie Judith Kruppa aus Am Mellensee. Heike Kühne und Edeltraut Liese wiederum vertraten den Süden des Landkreises im Kreistag – die eine aus Dahme/Mark, die andere aus Niedergörsdorf. Monika Nestler wechselte beinahe nahtlos vom Bürgermeisteramt Nuthe-Urstromtals in den Kreistag und wirkte hier eine Wahlperiode lang als unsere Fraktionsvorsitzende. Dr. Irene Pacholik aus Groß-

beeren gehörte dem Kreistag mehrere Wahlperioden an. Relativ kurz wiederum war Eberhard Pohle aus Luckenwalde dabei. Ihn durfte ich nach seinem Mandatsverzicht im Kreistag »beeren«. Carsten Preuß und Dr. Rainer Reinecke vertraten Zossen im Kreistag. Hartmut Rex und Roland Scharp waren im Norden des Landkreises verortet, der eine in Rangsdorf, der andere in Blankenfelde-Mahlow.

Helmut Scheibe aus Niedergörsdorf verstärkte unsere Fraktion genauso wie Dr. Günter Stinal aus Blankenfelde-Mahlow. Konrad Tschorn brachte aus Zossen den politischen Blick in den Kreistag, Mandy Werner den aus Baruth/Mark. Kornelia Wehlan aus Luckenwalde war bis zu ihrer Wahl als Landrätin des Landkreises, bis heute der wohl größte politische Erfolg der Linken in Teltow-Fläming, 15 Jahre Kreistagsabgeordnete.

Viele der Vorgenannten waren bzw. sind Mitglieder unserer Partei. Einige waren und blieben aber parteilos. Das zeichnete schon immer die Wahllisten bei der PDS bzw. der Linken aus: Auch Parteiose durften und dürfen bei uns kandidieren, wenn sie sich mit unserer am Sozialen und der Gerechtigkeit orientierten Programm identifizieren und dafür eintreten.

Das Jahr 2017: 1. Reihe von links: Kornelia Wehlan (Landrätin), Maritta Böttcher, Jürgen Akuloff, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Kirsten Gurske (1. Beigeordnete), 2. Reihe von rechts: Peter Dunkel, Dirk Hohlfeld, Dr. Irene Pacholik, Mandy Werner, Roland Scharp, Jörg-Martin Bächmann, Felix Thier



Unsere Kreistagsfraktion Die Linke/ Die PARTEI der VI. Wahlperiode im Jahr 2023: Maritta Böttcher, Judith Kruppa, Peter Dunkel, Anke Scholz, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Dr. Irene Pacholik, Monika Nestler, Felix Thier, Landrätin Kornelia Wehlan, Prof. Dr. Rüdiger Prasse, Vize-Landrätin und Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (v. r. n. l.)



(v. l. n. r.): Blick auf unsere Fraktion des Jahres 2013: Felix Thier, Klaus Hubrig, Heike Kühne, Helmut Scheibe (dahinter), Erste Beigeordnete Kirsten Gurske, Dirk Hohlfeld (dahinter), die frisch gewählte Landrätin Kornelia Wehlan (sitzend), Jürgen Akuloff (dahinter), Maritta Böttcher, Peter Dunkel (dahinter), Dr. Rudolf Haase, Dr. Irene Pacholik, Dr. Günter Stinal, Roland Scharp

Auf eigenen Wunsch den Kreistag verlassen hat nun Maritta Böttcher aus Jüterbog. Sie hat ihr Mandat niedergelegt. »Zeit für frischen Wind und einen Generationenwechsel!«, so ihre Begründung. Der Wechsel gelingt, nachrücken wird mit Max Zauber ein 31-Jähriger aus Jüterbog. Mit Maritta geht nun das letzte fraktionsübergreifende Kreistagsmitglied der Geburtsstunde des Landkreises. Unterunterbrochen seit der Gründung des Landkreises im Jahr 1993 gehörte Maritta Böttcher dem Kreistag an. Sie war Politikerin durch und durch, wirkte politisch im Ehrenamt wie auch hauptberuflich. Ob als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Jüterbog, stellvertretende Landesvorsitzende der PDS, Mitglied des Parteivorstandes der PDS, zehn Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages, Bürgermeisterkandidatin, Landtagskandidatin, ... Maritta Böttcher ist ein Synonym für das

Wort Parteisoldatin. Und sie war anerkannt über Fraktionsgrenzen hinweg: Nicht ohne Grund wurde sie wiederholt in die Funktion der stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden durch die Kreistagsmitglieder gewählt. Maritta möchte nun kürzer treten, Zeit für Familie und ihren Kater »Tiger«, für Haus und Garten, weniger Stress, mehr selbstbestimmte Tageszeit. Wir gönnen es ihr und lassen sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge gehen. Sie sehen, unsere Fraktion war bunt und bleibt bunt. Ob ganz groß mit 14 Mitgliedern oder wie aktuell, nur mit sechs. In all den Jahren haben die gewählten Mandatsträger*innen der PDS und Linken aber Politik für Sie gemacht, die Bürger*innen Teltow-Flämings. Und das machen wir weiter – versprochen!

Felix Thier, Vorsitzender der Kreistagsfraktion





Großbeeren

Wahlauswertung zur Bürgermeister*innen-Wahl

Am 6. Juli 2025 wurde in Großbeeren ein neuer Bürgermeister gewählt: Martin Wonneberger (CDU) erhielt mit 59,93 Prozent im ersten Wahlgang eine klare Mehrheit und zieht damit, als Nachfolger für den abgewählten Tobias Borstel (UGDS, früher SPD) ins Rathaus ein. Wir gratulieren zu diesem Ergebnis und wünschen ihm eine verantwortungsbewusste Amtsführung im Sinne aller Menschen dieser Gemeinde. Herzlichen Glückwunsch auch an Bettina Stobbe (Grüne), die mit respektablen 12,07 Prozent der Stimmen überraschend den zweiten Platz erreichte – dafür gebührt ihr Respekt und Anerkennung. Das Abschneiden des AfD-Kandidaten Peter Silke war erfreulich gering: Er kam mit nur 365 Stimmen auf den letzten Platz. Besonders bemerkenswert: In den Tagen vor der Wahl wurde

publik, dass er sich auf einem mittlerweile gelöschten Foto auf Facebook zeigte, auf dem er mit einem T-Shirt sehen ist, auf dem der verbotene Nazi-Spruch »Alles für Deutschland« stand. Das Ergebnis für den AfD-Kandidaten macht Mut und nährt die Hoffnung, dass der Rechtsruck noch zu verhindern ist. Doch bleibt es eine zentrale Aufgabe, rechtsextreme Tendenzen aktiv zu bekämpfen und wachsam zu bleiben. Die hohe Ablehnung im Wahlergebnis ist ein wichtiges Signal, aber nicht genug, um sich entspannt zurück lehnen zu können. Auch bei Martin Wonneberger sehen wir durchaus Potential, aber auch offene Fragen: Seine Schwerpunkte liegen auf Infrastrukturprojekten – etwa dem Ausbau des Sport- und Bildungscampus, dem Wohnungsbau so-

wie der Entwicklung der Ortsmitte Großbeeren. Themen, bei denen wir als Linke kritische Erwartungen haben: Wie sozial wird die Ortsentwicklung gestaltet? Wie werden partizipative Prozesse für Bürger*innen sichergestellt? Und wie bleibt bezahlbares Wohnen mehr als ein Lippenbekenntnis? Wir hoffen, Herr Wonneberger trägt diese Themen mehr in den Mittelpunkt – jenseits von bloßer wirtschaftlicher Verwaltungspolitik. Denn auch die Sicherung und Schaffung sozialer Infrastruktur ist ein wichtiges und dringendes Thema in Großbeeren. Der Dank gilt auch all denen, die demokratisch gewählt haben – gegen Ausgrenzung, gegen Angst, für Vielfalt. Als Linke nehmen wir die Zeichen dieser Wahl mit: Erleichterung über das Ergebnis, ein mahnender Blick auf den Rechtsruck und ein



Foto: Johannes Klemt

Robert Kosin

beharrlicher Anspruch soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Demokratiefestigkeit entschieden voranzutreiben. Wir werden diesen Weg kritisch, im Sinne der Menschen in Großbeeren begleiten.

Robert Kosin,
Mitglied der Gemeindevertretung

Jüterbog

Bürgermeisterinnenwahl in Jüterbog



Foto: F. Thier

Das Rathaus der Stadt Jüterbog

Jüterbog hat gewählt: die neue Bürgermeisterin der Stadt Jüterbog heißt Christiane Lindner-Klopsch (parteilos). Sie setzte sich mit 53,6 Prozent der gültigen Stimmen gegen die vom Bürgerbündnis Jüterbog (BBJ) und SPD gestützte Sabrina Dimde (parteilos) in der Stichwahl durch. Die Wahlbeteiligung insgesamt lag allerdings bei lediglich 50,2 Prozent.

Man könnte meinen, das Ergebnis sei im »konservativen Jüterbog« wenig überraschend. Bemerkenswert ist jedoch, dass nur rund ein Viertel der Wahlberechtigten (26,43 %) aktiv ihre Stimme für Lindner-Klopsch abgaben. Und das offenbar ohne größeren Wert auf konkrete politische Inhalte zu legen. Ihre zentrale Botschaft im Wahlkampf: »Weiter so«. Inhaltliche Positionierungen? Fehlanzei-

ge. Ob bewusst oder aus Mangel an Strategie bleibt offen. Sabrina Dimde hingegen präsentierte klare Ziele und eine erkennbare politische Haltung, stark an der Programmatik der SPD orientiert. Vielleicht war genau das der Knackpunkt: eine zu eindeutige Positionierung in einer Stadt, in der parteipolitische Etiketten offenbar eher skeptisch betrachtet werden. Beide Kandidatinnen betonten ihre Unabhängigkeit, bedienten sich jedoch zugleich parteinaher Unterstützungsstrukturen, was einen gewissen Beigeschmack von Etikettenschwindel hinterlässt. Kritisch zu bewerten ist auch der fehlende Umgang mit Unterstützung aus dem extrem rechten Spektrum. Lindner-Klopsch erklärte zwar, sie habe keinen Einfluss darauf, wer ihre Inhalte teile (die AfD), distanzierte sich jedoch nicht klar und öffentlich. Dieses Verhalten erinnert an ihren Amtsvorgänger – und wir wissen, wohin dessen Weg letztlich führte. Natürlich konnte sich auch der

erwähnte ehemalige Bürgermeister nicht gänzlich aus dem Wahlkampf heraushalten. Dabei wollte er doch eigentlich keine Wahlempfehlung aussprechen und sich tatsächlich mal mit seiner eigenen Meinung zurückhalten. Das klappte letztendlich nicht und ihm war es scheinbar ein dringendes inneres Anliegen, Frau Dimde in Social-Media mit abstrusen Vorwürfen zu diffamieren. Natürlich kurz vor der Wahl, das versteht sich ja von selbst. Wer seine Gunst genoss, war ohnehin kein Geheimnis.

Was bleibt also nach dieser Wahl? Jüterbog hat sich für acht weitere Jahre »Weiter so« entschieden. Die neue Bürgermeisterin gibt sich betont neutral. Die nächsten Monate werden zeigen, ob daraus Gestaltungswille oder bloße Verwaltung des Status quo erwächst.

Benjamin Petzhold,
Mitglied des Regionalvorstandes Die Linke Teltow-Fläming Süd

Bericht aus der Juli-Sitzung des Stadtparlamentes

Infos zu Fläming-Therme

Die jetzt vorgestellten Untersuchungsergebnisse zur Fläming-Therme sind nur eine erste Einschätzung, nicht alles konnte an der Therme im Detail untersucht werden, da hier teilweise auch Bauwerksöffnungen nötig wären. Das Dach von innen betrachtet erscheine in Ordnung, Undichtigkeiten in Größenordnungen konnten nicht erkannt werden. Bei der Außenseite des Daches sollte die Dichtigkeit durch teilweise Dachöffnung und Beprobung getestet werden, so die Empfehlung – immerhin sei das Bad ein Vierteljahrhundert alt. Alles in allem sei die Therme für ihr Alter aber noch gut intakt, so der Bericht.

Im Technikbereich wurde eine Leckage festgestellt, die allerdings noch nicht lange zu existieren scheint. Hier bestünde aber hoher Handlungsbedarf.

Die gesamte Lüftungsanlage sei ineffizient, das zeige sich zum Beispiel an zunehmendem Rost am Rutschenturm aufgrund zu hoher Luftfeuchtigkeit. Der Rutschenturm selbst habe nach

25 Jahren auch annähernd sein Lebensende erreicht. Hier solle man ganzheitlich denken: Wenn neue Rutschen, dann gleich mit Dämmung und Attraktivitätssteigerung verbinden.

Alles in allem sollte man sich vor dem Beginn irgendwelcher grundlegender Maßnahmen darüber klar sein, welches Konzept man verfolge und welche Zielgruppen man mit der Therme ansprechen wolle. So oder so sei aber, und das war nur eine ganz grobe Schätzung, mit einem Investitionsbedarf zwischen fünf und zehn Millionen Euro zu rechnen.

Förderung gemeinnütziger Verbände, Vereine und sozialer Organisationen

Die LUBA, die Volkssolidarität, die Luckenwalder Tafel, der Ambulante Palliativ- und Hospizdienst Luckenwalde und die Akademie 2. Lebenshälfte – sie alle erhalten auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auch in diesem Jahr eine Förderung. Die Summe



Die Mitglieder der Fraktion Die Linke/BV/LÖS: Jochen Neumann, Andreas Krüger, Monika Nestler, Felix Thier, Marie-Luise Goedicke, Martin Zeiler und Dr. Anja Jürgen (v. l. n. r.)

für das Jahr 2025 beläuft sich auf insgesamt 20.000 Euro.

Wir beantragten bei der Verteilung eine Änderung. Denn wir bemängelten die unverhältnismäßige Kürzung der beantragten Mittel um 1.000 Euro bei der LUBA, während fast alle anderen Antragsteller die beantragten Mittel in voller Höhe zugestanden bekommen sollten. Wir schlugen daher vor, bei den von der Akademie 2. Lebenshälfte beantragten Personal- und Sachkosten 500 Euro abzuziehen und diese bei der LUBA aufzustocken. Diesem Änderungsantrag gaben neben unserer Fraktion noch die SPD/Grüne-Fraktion und Teile der CDU-Fraktion ihr Ja, ein Nein kam von der GfL. Damit war unser Änderungsantrag erfolgreich.

Bei der Abstimmung votierte das Stadtparlament: Teile der CDU-Fraktion haben sich enthalten bzw. zugestimmt, die GfL stimmte geschlossen mit Nein, unsere Fraktion und die SPD/Grüne-Fraktion waren dafür. Damit wurde die Vorlage mehrheitlich beschlossen.

Antrag von uns: Errichtung einer Tinyhaus-Siedlung prüfen

Luckenwalde steht, wie viele andere Städte in Brandenburg, vor der Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen bereitzustellen. Eine Tinyhaus-Siedlung kann hier eine sinnvolle Ergänzung zum klassischen Wohnungsbau darstellen.

Durch die gezielte Freigabe von Flächen für Tiny Houses (kleine, kompakte Wohnhäuser) werden ungenutzte oder schwer vermarktete Grundstücke sinnvoll in das Stadtgefüge integriert. Dies trägt zur ökologischen Nachverdichtung und zur Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes bei. Gleichzeitig können Tinyhaus-Siedlungen das solidarische Zusammenleben fördern sowie neue Formen des kooperativen Miteinanders entstehen lassen (z. B. Gemeinschaftsgärten, Co-Working uvm.).

Andere Kommunen haben gezeigt, dass Tinyhaus-Siedlungen durch geeignete Bebauungspläne erfolgreich umgesetzt werden können. Durch die Umsetzung einer Tinyhaus-Siedlung in Luckenwalde kann ein attraktives, nachhaltiges und zukunftsfähiges Wohnmodell entstehen, das sowohl sozial als auch wirtschaftlich positive Effekte hat. Das war unsere Grundidee und diese wollten wir mit unserem Antrag per Prüfauftrag von der Stadtverwaltung bearbeitet wissen.

Zu unserem Antrag positionierten sich die Stadtverordneten sehr deutlich: vereinzelte Nein-Stimmen und Enthaltungen kamen nur aus den Fraktionen der GfL und der CDU, der Rest der Stadtverordneten stimmte unserem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Felix Thier, *Vorsitzender der Fraktion Die Linke/BV/LÖS*

Unser Fraktionsmitglied Marie-Luise Goedicke hat im Juli ihren Austritt aus der Partei Die PARTEI-PDS erklärt. Damit war der Name unserer Fraktion anzupassen. Seitdem sind wir nun die Fraktion Die Linke/BV/LÖS.

Dr. Margitta-Sabine Haase erhält Verdienstorden des Landes Brandenburg

Auf Vorschlag der Stadt Luckenwalde erhielt Dr. Margitta-Sabine Haase den Verdienstorden des Landes Brandenburg für ihr ehrenamtliches Engagement.

Verliehen wurde dieser im Juni durch Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in der Potsdamer Staatskanzlei an sechs Bürger*innen. Sie wurden für ihren außerordentlichen Einsatz für Brandenburg und die Menschen im Land geehrt.

Dr. Margitta-Sabine Haase war bis zur Kommunalwahl 2024 viele Jahre Mitglied unserer Fraktion und hat die Luckenwalder Stadtpolitik maßgeblich mitgeprägt. Wir gratulieren auch auf diesem Wege sehr herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung und Würdigung einer verdienten Bürgerin der Stadt Luckenwalde. Die umfassende Würdigung findet sich in der Pelikan-Post auf Seite neun: <https://kurzlinks.de/jhrd>

Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. Juli 2025
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Enviro® top Recyclingpapier, 100% Recyclingfasern · Auflage: 1.400
August 2025, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.